

# Kampf der Kulturen oder Spaltung der Gesellschaft

Lars Grünwald

3. März 2015

Ich möchte anfangen mit dem Hinweis darauf, dass Rudolf Steiner in den Zeiten des Ersten Weltkrieges - gegen Ende des Ersten Weltkrieges - von 1917 an, die langfristige politische Situation im wesentlichen mit drei Aussagen gekennzeichnet hat, nämlich erstens, es gibt ein anglo-amerikanisches Streben nach Weltherrschaft, zweitens, die einzige Möglichkeit den Erfolg dieses Bestrebens zu verhindern besteht darin, dass es zu einer Art kultureller Allianz zwischen Mitteleuropa und Osteuropa kommt, und drittens, aus den genannten beiden Gründen, versuchen die anglo-amerikanischen Exponenten genau das unter allen Umständen zu verhindern. Mir scheint, dass man über Geostrategie wenig mehr an Grundlegendem wissen muss, als diese drei Aussagen, um den Gang der heutigen Ereignisse einigermaßen begreifen zu können.

Im Frühjahr 2014 hat Markus Osterrieder ein Buch geschrieben, das so dick ist, dass ich es mir habe schenken lassen müssen, '*Welt im Umbruch*', in dem er schildert, wie sich dieses Streben nach anglo-amerikanischer Vorherrschaft geschichtlich entwickelt hat. Es nahm seinen Ausgang von gewissen Interessen oberer gesellschaftlicher Kreise in England. Ich lese den kurzen Abschnitt aus dem Buch mal vor:

"Im späten 19. Jahrhundert hegten zahlreiche Vertreter der adligen, politischen und wirtschaftlichen Elite in Großbritannien, Kanada und den USA den weitgefaßten Gedanken, dass sich in der westlichen Hemisphäre des Planeten ein gemeinsamer, zivilisatorischer, politischer und sozialer Zusammenhang bilden muss, eine atlantische Gemeinschaft, der *anglo-sexan race* oder auch - synonym gebraucht - der *englisch speaking people*, welche den Führungsanspruch verwirklichen und damit die Welt - so Zitat! - vollständig beherrschen würde. Diese Versuche gingen zunächst dahin, die englische Regierungspolitik in diesem Sinne zu beeinflussen dadurch, dass man personell sich in Beraterpositionen oder in Ministerämter brachte." Diesem Unterfangen war erheblicher Erfolg beschieden, insofern als dass das Verteidigungsministerium und das Außenministerium in etwa besetzt werden konnten von diesen Kreisen, und man sah gleichzeitig, dass die USA damals eine derart stark expandierende Wirtschaftsmacht war, dass es zu einer verhängnisvollen Konkurrenz kommen könnte. Um das nicht zuzulassen, wurden also Kontakte über den Atlantik hinaus gesucht und gefunden, in entsprechende Beraterkreise der amerikanischen Regierung. Auch der ehemalige Verteidigungsminister, die engsten Präsidentenberater, und man beschloss also gemeinschaftliche Strukturen zu errichten, um die Politik in entsprechendem Sinne formen zu können. So fasste man, ich zitiere, "den Entschluss, die künftige anglo-amerikanische Zusammenarbeit auf eine feste und dauerhafte institutionelle Grundlage zu stellen, um eine bessere politische Koordination zu ermöglichen, und" - jetzt Zitat aus den Originaldokumenten - "Material zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe diejenigen, die am einflussreichsten sind und am meisten wissen,

Verständnis und perspektivisches Denken in außenpolitischen Angelegenheiten entwickeln, die öffentliche Meinung formen zu können."

Das sind dann die später sogenannten 'think tanks', die sich beiderseits des Atlantiks in enger Kooperation entwickelt haben. Und die Speerspitze gewissermaßen dieser Bestrebungen ist der amerikanische Präsident Woodrow Wilson (1856-1924, Präsident von 1913-21) gewesen, der gegen Ende des Ersten Weltkriegs einen 14-Punkte-Plan verfasste. Wilson selber hat bereits 1901 in schriftstellerischen Werken etwa formuliert, "der Osten muss geöffnet und umgeformt werden, ob wir wollen oder nicht, die Normen des Westens sind ihm aufzuerlegen. Da finden Sie also eine sehr weitgespannte politische Programmatik und der US-amerikanische Chef-Strategie Zbigniew Brzeziński, auf den ich gleich noch zu sprechen komme, hat es folgendermaßen kommentiert: "Woodrow Wilsons berühmter 14-Punkte-Plan symbolisierte gewissermaßen die Einschleusung amerikanischen, idealistischen Gedankenguts in die europäische Geopolitik." Das ist wohlgermerkt ein US-amerikanischer Geostratege, nicht ein unverfänglicher Historiker, der das mehr oder weniger aus neutraler Sichtweise kommentiert. Dieses Programm stand also gegen Ende des Ersten Weltkrieges in Europa zur Debatte. Rudolf Steiner hat da wie folgt zu Stellung genommen: "Das real Aussichtvolle dieses Programms neben seinem moralisch Blendenden liegt darin, dass es die Instinkte der mittel- und osteuropäischen Völker dazu benützen will, diese Völker durch moralisch-politische Überrumpelung in wirtschaftliche Abhängigkeit von dem Anglo-Amerikanismus zu bringen. Die geistige Abhängigkeit würde dann nur die notwendige reale Folge sein." Das sind also Geschehnisse, ungefähr aus dem Jahre 1917, - und jetzt bewegen wir uns mal etwas weiter in der geschichtlichen Abfolge und kommen zu Brzeziński, demjenigen Politikprofessor, der 1965 von der Rockefeller-Foundation damit beauftragt wurde, die Organisation der Bilderberger zu begründen und zu organisieren, der dann 1979 Sicherheitspolitischer Berater von Präsident Carter wurde. Danach einige Jahrzehnte in der Hauptsache an der Harvard University gewirkt hat als Dozent für entsprechende geostrategische Fragen und dann aber häufig von US-amerikanischen Präsidenten, insbesondere von demokratischen, also von Clinton, also jetzt wieder von Obama, zur Beratung herangezogen wird und gerade momentan besteht wieder eine solche sehr enge Allianz zwischen Obama und Brzeziński und das führt ihn auch zu zahlreichen medialen Auftritten im Fernsehen und in Zeitschriften. Brzeziński hat 1997 ein legendäres Buch geschrieben, deutscher Titel: 'Die einzige Weltmacht', - 'The Grand Chessboard'. Das Buch ist im Deutschsprachigen nicht mehr so ganz leicht zu erhalten... Das ist ein Jahrhundertwerk, weil es überhaupt nichts mit Ausnahmen einiger kleiner noch zu besprechender Details dann zu modifizieren gibt, also nichts, was nicht heute noch gültig wäre, sich das Gesamtkonzept da herauszulesen ist vielleicht nicht so einfach, weil er es geographisch sehr stark sortiert und auffächert. Ich habe versucht in einer Reihe von Zitaten den grundlegenden Gedankengang ein bißchen hervortreten zu lassen und werde auf Kommentare sehr weitgehend verzichten. Es kommt jetzt also aus unterschiedlichen Passagen bzw. von unterschiedlichen Seiten dieses Buches.

"Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien." Vielleicht dazu doch ein ganz kurzer Kommentar. Er kommt aus der dialektischen Hegelschen Schule, das bedeutet, es wird hier zunächst eine grundlegende Polarität gebildet, es wird nicht zwischen Europa und Asien

unterschieden, sondern die ursprüngliche Antithetik lautet hier die USA, dort Eurasien. Damit hat man natürlich einen großen Widerpart, der in sich enorm heterogen ist.

"Ein halbes Jahrtausend lang haben europäische und asiatische Mächte und Völker in dem Ringen um die regionale Vorherrschaft und dem Streben nach Weltmacht die Weltgeschichte bestimmt. Nun gibt dort eine nicht-eurasische Macht den Ton an und der Fortbestand der globalen Vormachtstellung Amerikas hängt unmittelbar davon ab, wie lange und wie effektiv es sich in Eurasien behaupten kann. Als Ganzes genommen stellt das Machtpotential dieses Kontinents das der USA weit in den Schatten. Zum Glück für Amerika ist Eurasien zu groß, um eine politische Einheit zu bilden. Eurasien ist mithin das Schachbrett auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird. Dieses riesige, merkwürdig geformte eurasische Schachbrett, das sich von Lissabon bis Wladiwostok erstreckt, ist der Schauplatz des *global play*." Nun formuliert Brzeziński die Bedingungen dafür, unter denen sich die USA dort halten können. "Wenn der mittlere Bereich immer stärker in den expandierenden Einflussbereich des Westens gezogen werden kann, wenn die südliche Region" - damit ist die Gegend Irak, Iran, Pakistan, usw., gemeint - "nicht unter die Herrschaft eines einzigen Akteurs gerät und eine eventuelle Vereinigung der Länder in Fernost nicht die Vertreibung Amerikas von seinen Seebasen vor den ostasiatischen Küsten nach sich zieht, dürften die USA sich behaupten können."

Nun im Gegenzug die Kriterien, die verhindert werden müssen, um die Vorherrschaft zu erhalten. "Erteilen die Staaten im mittleren Raum dem Westen eine Abfuhr, schließen sich zu einer politischen Einheit zusammen und erlangen die Kontrolle über den Süden oder gehen mit dem großen östlichen Mitspieler [gemeint ist Russland] ein Bündnis ein, schwindet Amerikas Vorstellung in Eurasien dramatisch. Das gleiche wäre der Fall, wenn sich die beiden großen östlichen Mitspieler [Russland und China] irgendwie vereinigen sollten. Würden schließlich die europäischen Partner Amerika von seinen Stützpunkten an der westlichen Peripherie vertreiben, wäre das gleichzeitig das Ende seiner Beteiligung am Spiel auf dem eurasischen Schachbrett."

Hier finden Sie also ganz klar ausgesprochen das was geostrategisch, geopolitisch als notwendig erachtet wird, - zusammengefasst: "inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können hängt davon ab, inwieweit ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden gegnerischen Macht verhindern kann."

Im Anschluss an diese Analyse formuliert Brzeziński drei, wie er es nennt, "Imperative imperialer Geostrategie," imperial heißt also, auf Eroberung ausgerichtet, darauf liegt die Betonung, man könnte sich ja auch eine Geostrategie vorstellen, die stabilisierend wirken wollte oder rückbildend wirken wollte, aber hier geht es um Eroberung, und zwar erstens Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren. Zweitens, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und drittens, dafür zu sorgen, dass die 'Barbaren'-Völker sich nicht zusammenschließen. Da findet man also klare Richtlinien für das, was zu tun ist. "Amerikas zentrales, geostrategisches Ziel in Europa lässt sich also ganz einfach zusammenfassen. Durch eine

glaubwürdigere, transatlantische Partnerschaft muss der Brückenkopf der USA auf dem eurasischen Kontinent so gefestigt werden, dass ein wachsendes Europa ein brauchbares Sprungbrett werden kann, von dem aus sich eine internationale Ordnung der Demokratie und Zusammenarbeit nach Eurasien hinein ausbreiten lässt. Zunächst besteht die Aufgabe darin sicherzustellen, dass kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigte Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen."

Das mag als allgemeine Zusammenfassung kurz genügen, nichts von dem hat auch nur ansatzweise an Gültigkeit verloren, weder die Zielsetzung, noch die Mittel, die dazu eingesetzt werden und wenn wir nun schauen auf einige regionale Räume, dann ist dort zunächst einmal dieses Krisengebiet in der islamischen Region, auch das wird von Brzeziński mit einer sehr treffenden und sehr scharfsinnigen Analyse bedacht. "Teil des Problems in dieser instabilen Region könnte eine Bedrohung der amerikanischen Vormachtsstellung durch den islamischen Fundamentalismus werden. Unter Ausnutzung der religiösen Feindseligkeit gegenüber dem *American Way of Life* und des arabisch-israelischen Konflikts könnte der islamische Fundamentalismus einige pro-westliche Regierungen im Nahen Osten unterminieren, und schließlich amerikanische Interessen in der Region, besonders am Persischen Golf, gefährden. Ohne politischen Zusammenhalt und ohne die Rückendeckung eines wirklich mächtigen islamischen Staates fehlte es dem islamischen Fundamentalismus an einem geopolitischen Kern. Deshalb würde die von ihm ausgehende Kampfansage sich wahrscheinlich eher in diffuser Gewalt Bahn brechen." Da finden Sie alles, erstens die diffuse Gewalt, die wir in der Tat ja haben, und zweitens das Argument für die Begründung eines islamischen Staates, nämlich im Grunde nur dann einigermaßen der amerikanischen Vormachtsstellung Widerspruch geben zu können, ihr entgegentreten zu können, dazu muss man sich aber in irgend einer Weise staatlich zusammenschließen, weil man sonst auf die Möglichkeit diffuser Einzelaktionen beschränkt ist.

Die US-amerikanische Strategie bezüglich des asiatischen Raumes muss also darin bestehen, die Region zu desintegrieren, also sie instabil zu machen, um sich dann dort parteiisch engagieren zu können, denn diese kriegerischen Auseinandersetzungen und Verhältnisse sind dann natürlich immer ein guter Anlaß, "friedensstiftend" dort einzugreifen. Dass das ein Grundbestandteil der amerikanischen Strategie ist, das macht Brzeziński an Korea deutlich. Ein sehr kurzes Zitat: "Hingegen dürfte jeder Schritt zu einer Wiedervereinigung Koreas die Grundlage für eine fortdauernde militärische Präsenz der USA in Süd-Korea stören. Ein wiedervereinigtes Korea könnte sich möglicherweise gegen eine Fortdauer des US-militärischen Schutzes entscheiden." Die Konsequenz ist klar, es muss unter allen Umständen verhindert werden, dass ein Friedensschluß zwischen Süd- und Nord-Korea eintritt, deswegen muss man die Hürden für denjenigen der beiden Staaten, dem an einer Vereinigung prinzipiell gelegen ist, nämlich Süd-Korea, möglichst hoch setzen, und das tut man dadurch, dass man Nord-Korea gewissermaßen möglichst provoziert dazu, martialische Aktionen, die sich dann entsprechend publizistisch verwerten lassen, von sich zu geben, um die Hürde so hoch zu halten, dass eine diplomatische Verständigung kaum möglich erscheint.

Ein weiteres Krisengebiet, bekanntlich die Ukraine, auch das wird von Brzeziński vor 18 Jahren bereits ganz deutlich gesehen, die extreme strategische Bedeutung dieses Raumes. "Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. Es kann trotzdem nach einem imperialen Status streben, würde aber dann ein vorwiegend asiatisches Reich werden, das aller Wahrscheinlichkeit nach in lähmende Konflikte mit aufbegehrenden Zentral-Asiaten hineingezogen würde, die den Verlust ihrer erst kürzlich erlangten Eigenstaatlichkeit nicht hinnehmen und von den anderen islamischen Staaten im Süden Unterstützung erhalten würden." Also auch das der vorausschauend gedacht, dadurch, dass die Ukraine zum Westen kommt, wird der russische Einflußbereich Richtung Asien abgelenkt und da gibt es im Grunde außer Krieg und Auseinandersetzungen nicht viel zu holen. Auch das eine destabilisierende Maßnahme und deswegen drängt Brzeziński darauf dafür zu sorgen, dass sich die Ukraine dem Westen anschließt. Und aus der damaligen Sicht schreibt er dann auch oder erwartet, "irgendwann zwischen 2005 und 2010 sollte die Ukraine für ernsthafte Verhandlungen sowohl mit der EU als auch mit der Nato bereit sein." Was aus diesem Problem zum jetzigen Zeitpunkt geworden ist, wissen wir in etwa.

Was Mitteleuropa angeht, ging ja schon einiges bezüglich der Strategie aus dem bereits Gelesenen hervor, nämlich dass es darum geht, das Aufkommen einer dominierenden Mitteleuropäischen Macht oder europäischen Macht zu verhindern. Nun gibt es nur zwei Kandidaten überhaupt kontinentaleuropäisch, nämlich Deutschland und Frankreich. Keine von beiden ist groß genug um alleine zu dominieren, zusammen allerdings wiederum haben sie zum Teil so stark gegenläufige Interessen, dass eine engere Kooperation gewissermaßen nur in abgefederter Form innerhalb der EU möglich ist. Man kann sich schlecht vorstellen, dass diese beiden Länder beschließen, den Rest Europas zu unterwerfen, wirtschaftlich und kulturell in etwa. Andererseits wiederum sieht Brzeziński eine gewisse Gefahr, dass es, wenn der europäische Einigungsprozeß sich nicht fortsetzt, zu einer Emanzipation dieser beiden Länder kommen könnte, die daraufhin ein autonomes gutes Verhältnis zu Russland suchen würden. Das sind die beiden Möglichkeiten einer französisch-russischen Allianz oder einer russisch-deutschen Absprache. Für beide Bündnisse gibt es, so schreibt er, in der Geschichte eindeutige Präzedenzfälle und zu einer von beiden könnte es kommen, wenn die europäische Einigung ins Stocken geriete und sich die Beziehungen zwischen Europa und Amerika ernsthaft verschlechtern sollten. Tatsächlich könnte man sich im letzteren Falle eine europäisch-russische Übereinkunft vorstellen, die Amerika vom Kontinent ausschliesse." Das also ist wiederum etwas, was es zu verhindern gilt, also muss ein sehr nachdrücklicher Keil zwischen Russland und Mitteleuropa getrieben werden. Außerdem ist es ein ganz wesentliches Interesse der USA, die europäische Einigung voranzutreiben, denn nur so lässt sich eine einheitliche Bindung an die USA aufrechterhalten, denn dem Beitritt zur EU folgt ja meistens der Beitritt zur Nato, das heißt zum westlichen Verteidigungsbündnis, und damit ist eine entsprechend enge Allianz gegeben. Brzeziński ist also der Auffassung, dass Europa mehr und mehr den Charakter eines Bundesstaates annehmen muss, wenn es zu einer solchen Allianz kommen sollte.

Noch ein Auszug. Interessanterweise von Wolfgang Schäuble, der ja auch damals schon politisch durchaus prominent war; - ziemlich kurz nach der Wiedervereinigung hat Schäuble also darauf hingewiesen, dass Deutschland wesentlich mehr in die Mitte der Weltpolitik gerückt sei und nicht mehr ein einseitiges westliches Bollwerk gegen den Kommunismus sei und sein müsse und verweist dann darauf, dass Deutschland während des gesamten Mittelalters daran beteiligt war, in Europa Ordnung zu schaffen. Finanzpolitisch gesehen sind ja ähnliche Aktivitäten auch heute wieder im Gange und Brzeziński kommentiert:

"Nach dieser Vorstellung wäre Mitteleuropa nicht allein eine Region in der Deutschland wirtschaftlich das Übergewicht hat, sondern würde ein Gebiet unverhüllter deutscher politischer Vorherrschaft werden und damit die Basis für eine stärkere unilateral ausgerichtete deutsche Politik gegenüber dem Osten und dem Westen." Mit anderen Worten ein Vermittler, in gewissem Sinne. "Europa verlöre dann seine Funktion als eurasischer Brückenkopf für amerikanische Macht und als mögliches Sprungbrett für eine Ausdehnung des demokratischen Globalsystems in den eurasischen Kontinent hinein. Deswegen müssen die USA tatkräftig und ohne wenn und aber für die europäische Einigung eintreten."

Das mag an Hinweisen auf diese sehr einheitlich ausgerichtete Geostrategie im Moment reichen. Jetzt können wir noch mal einen Schritt zurückgehen geschichtlich, nämlich diese Bindung Mitteleuropas und in diesem Fall insbesondere Deutschlands an die USA, die musste ja erst allmählich aufgebaut werden und dazu war es nötig insbesondere nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entsprechende, wie man das dann ja auch gleich genannt hat, 'Umerziehungsmaßnahmen' einsetzen zu lassen. Dazu gibt es ein sehr interessantes Buch von Stefan Scheil, 'Transatlantische Wechselwirkungen. Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945.' Da finden Sie also auf sehr engem Raum, sehr komprimiert zusammengestellt, sehr sachlich kommentiert, eine Fundgrube von Dokumenten, insbesondere Beschlüsse der damaligen Militärregierungen irgend welcher weiterer Institutionen, die dann beauftragt wurden mit der Umgestaltung, insbesondere des Bildungswesens.

Aus einem anderen Werk vielleicht zur Einleitung in dieses Thema die folgende Bemerkung: "Der Leiter der Abteilung Erziehung bei der amerikanischen Militärregierung verkündete 1948 in einem Umerziehungsprogramm u.a.: "Die wahre Reform des deutschen Volkes wird von innen kommen. Sie wird geistig und moralisch sein. Die Schultypen sind von geringerer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und der Welt als das, was gelehrt wird, wie gelehrt wird und durch wen gelehrt wird. Keine Besatzungsarmee wird erfolgreich ein pädagogisches oder kulturelles Schema einem besiegten Volk auferlegen. Militärregierung würde als Militärregierung angesehen werden. Es wird daher das Ziel der Militärregierung sein, a. die als demokratisch bekannten Elemente in der deutschen Bevölkerung zu identifizieren und zu ermutigen, b. die Entwicklung oder Wiedereinrichtung von Institutionen und Organisationen in Deutschland zu unterstützen, die zur Erfüllung unserer Mission beitragen können." Der Führer der amerikanischen Besatzungstruppen General Clay [Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone von 1947-1949] hat gegenüber seinen Mitarbeitern formuliert, dass es darum ginge an der Formulierung der Innenpolitik unter Berücksichtigung unserer allgemeinen Direktiven mitzuwirken, insbesondere auf dem

Feld der Informationskontrolle und im Bildungsbereich. Da sind die beiden strategisch zentralen Punkte genannt, über denen eine Umerziehung dann nicht mehr als eine militärische Maßnahme erscheinen würde. Das ganze wurde dann von den Regierungen so veranlaßt, dass es dann zunächst einmal vor allen Dingen um die Besetzung der Hochschullehrerpositionen ging. Der damalige britische Außenminister Ernest Bevin [Außenminister von 1945-1951 im Kabinett Clement Richard Attlee] teilte seinen Mitarbeitern mit als Direktive für die weitere Gestaltung: "Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, wie wichtig die deutschen Universitäten für die Festlegung des ganzen Geistes der deutschen Erziehung und der jungen Männer und Frauen, die in die Welt hinausgehen, sind. Die Standards, die die Universitäten einnehmen und anwenden, sickern zu den Schulen durch, welche sie mit Studenten versorgen und haben so einen tiefgehenden Effekt auf das ganze System. Die meisten Männer und Frauen durchlaufen es, welche in späteren Jahren die Führer ihres Landes und in den meisten Lebensbereichen sein werden. Schließlich durch ihre akademische und kulturelle Arbeit üben sie einen tiefgehenden Einfluß auf die ganze Kultur ihres Landes aus, welche sie an vielen Punkten berühren. Wir glauben, dass es die britischen Universitäten sind, die darin die Hauptrolle zu spielen haben, die deutschen Universitäten in die intellektuelle und moralische Welt des Westens zu führen. Private Organisationen sollen sich ganz besonders bemühen, zuverlässigen deutschen Studenten, Lehrern und führenden Leuten auf kulturellem Gebiet ein Studium in den Vereinigten Staaten zu ermöglichen. Da sind dann die verschiedensten Austauschprogramme in Gang gesetzt worden und eine erste sehr eindrucksvolle Erfolgsmeldung kommt dann aus dem Jahre 1955 des US High Commissioners in Deutschland, James Bryant Conant. Der konstatierte: "Seit dem Beginn des Programms, ende 1947, haben wir etwa zehntausend Deutsche in die Vereinigten Staaten geschickt. Von dieser Zahl sind etwa 5.400 das, was wir als *leader* bezeichnen können." Also Personen, die einflussreiche Positionen in politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und anderen Bereichen haben. Z.B. stellen frühere Teilnehmer am Austauschprogramm etwa 25 % der Mitglieder des Bundestages als dem Unterhaus der Bundesrepublik und 17 % der Mitglieder des Bundesrates. Auf jedem wichtigen Gebiet des deutschen Lebens finden wir Personen in Schlüsselpositionen, die am Austauschprogramm teilgenommen haben und deren Wissen und Verständnis der Vereinigten Staaten davon sehr profitiert hat." Das ist natürlich weitergegangen, wenn man sich anschaut, wie das heute im Bundestag oder in wirtschaftlichen Spitzengremien aussieht, dann wird man den Prozentsatz noch höher finden. In seinen umfangreichen Analysen kommt Scheil zu dem Ergebnis, dass es insgesamt primär fünf Arten von Maßnahmen gewesen sind, die da getroffen wurden, nämlich "erstens Verbotsversuche alter Eliten, zweitens Bildungskontrolle in der Schule nach Inhalt und Personal, drittens Elitenbildung und Übertragung durch Berufsverbote und Remigration, also Rückgliederung von Exilanten in der Hauptsache, viertens Elitenbildung durch Austauschprogramme und fünftens Elitenbildung durch Schaffung von Institutionen und Fachbereichen an den Universitäten." Wie gesagt, wenn Sie sich das im Einzelnen durchlesen wollen..., Speerspitze war dabei die Begründung und Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften an der Universität Frankfurt, weil man sich davon, in den Sozialwissenschaften, eine besonders formende Wirkung versprach. Dazu hat man die ins Exil gegangenen Professoren Adorno und Horkheimer an Führungspositionen berufen und Horkheimer war bereits 1942 in den USA der Auffassung und hat formuliert, "man muss

eine Elite schaffen, die ganz auf Amerika eingestellt ist. Diese Elite darf andererseits nicht so beschaffen sein, dass sie im deutschen Volk selber kein Vertrauen mehr genießt und als bestochen gilt." Diese Elitenbildung hat sich insbesondere auch in die Medien hinein fortgesetzt und auch da gibt es ein ausgezeichnetes Buch, an dem Sie das untersuchen und nachlesen können. Das Buch ist von Uwe Krüger und heißt *'Meinungsmacht - Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten - eine kritische Netzwerkanalyse.'*

Ich möchte mich auf ein kurzes Zitat beschränken, in dem er seine Forschungsergebnisse zusammenfasst: "Das zentrale Ergebnis der Netzwerkanalyse war die Einbindung von vier außenpolitisch tonangebenden Redakteuren von Süddeutscher Zeitung, Frankfurter Allgemeiner Zeitung, Welt und ZEIT in außen- und sicherheitspolitischen Strukturen mit Bezügen zur Bundesregierung, Nato und USA. Das finden Sie dann alles im Einzelnen aufgelistet... Zum Teil ist das relativ witzig, wenn man sieht, dass Kai Diekmann (Chefredakteur der Bild) berichtet von einem solchen Elitetreffen und da ist dann auch noch ein Foto in der Bild-Zeitung und wenn man dann im Netz ein bisschen näher schaut, dann gibt es noch ein weiteres Foto, in dem ein zusätzlicher Bereich drauf ist, der für die Bild-Zeitung weggeschnitten wurde, da ist dann Diekmann selber zu sehen, und zwar nicht als Reporter, sondern als Teilnehmer dieser Organisation. Weil es aber unter Umständen etwas merkwürdig wirkt, wenn derjenige, der selber daran teilgenommen hat, enthusiastisch darüber berichtet in der Bild-Zeitung, hat man also ein bisschen "Photo-Shopping" betrieben. "Eine Analyse der Kommentare und Leitartikel jener vier Journalisten zeigte eine Korrelation zwischen den Nato- und US-nahen Netzwerken und der Argumentation. Sie verwendeten unkritisch den erweiterten Sicherheitsbegriff" - also denjenigen, der sagt, Angriff ist die beste Verteidigung, man könnte auch sagen, den interventionistischen Sicherheitsbegriff" - und argumentierten für ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands unter anderem und vor allem in Afghanistan, das von der Nato und den USA gewünscht, in der deutschen Bevölkerung jedoch mehrheitlich abgelehnt wird. Diese ablehnende Haltung der Bevölkerung wurde teilweise diffamiert und der Bundesregierung eine verstärkte Überzeugungsarbeit am Volk empfohlen. In den Kommentaren selbst fanden sich Elemente von Propaganda, eine Auseinandersetzung mit Einwänden und Kritik fand nicht statt." Sie finden dort natürlich auch die rezensierten und analysierten Artikel im Wortlaut in entsprechend prägnanten Ausschnitten. Und noch auf einem weiteren Gebiet zeigt sich, dass also der US-amerikanische Einfluss sehr groß ist und sehr groß sein muss, wenn es darum geht, jetzt eine Gegenallianz zu verhindern und das ist die Thematik der Sicherheitsdienste. Also Ihnen allen bekannt die Abhör- und Ausspähprogramme, wo man sich ja vielleicht fragen kann, warum tut dann die deutsche Regierung so wenig dagegen? Einer der Gründe dafür ist, dass sie die deutsche Regierung, die Vorgängerregierung der jetzigen, leider Geheimdokumente unterzeichnet haben, die den USA genau das erlauben! Und die sind inzwischen auch zugänglich und ein Freiburger Historiker namens Josef Foschepoth hat sich also die Mühe gemacht, alles akribisch auszuwerten. Von Foschepoth *'Überwachtes Deutschland: Post- und Telefonüberwachung in der Alten Bundesrepublik.'* Da finden Sie also diese Dokumente und ich kann das vielleicht zusammenfassen: Eine 1963 von der Nato mit Deutschland getroffene Sondervereinbarung, die einen Abschnitt des Zusatzabkommens zum Nato-Truppenstatut ablöste, ermöglichte bis ins Jahr 2013 den in Deutschland stationierten Truppen der Nato-Staaten die legale Überwachung



Deutschlands. So konnte beispielsweise die NSA in Deutschland agieren, ohne gegen bestehendes Recht zu verstoßen. Beide Seiten verpflichteten sich 1963 weitere Verwaltungsabkommen und geheime Vereinbarungen abzuschließen, wie beispielsweise die geheime Verwaltungsvereinbarung von 1968, wonach die Alliierten von Deutschland Abhörergebnisse des BND und des Verfassungsschutzes anfordern können, wenn es die Sicherheit ihrer Truppen in Deutschland erfordert." Und in einem Interview mit der Badischen Zeitung vom 3. August 2013 äußert sich Foschepoth dazu folgendermaßen: "Der Kern, die völkerrechtliche Verbindung, die ja Gesetzeskraft hat in der Bundesrepublik, das ist das Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut vom 3. August 1959, das dann 1963 in Kraft getreten ist. Beide Seiten sind verpflichtet, alle Informationen, die der Sicherheit des einen oder der anderen oder der gemeinsamen Sicherheit dienen, unmittelbar zur Verfügung zu stellen. Und diese Informationen beziehen sich auf alle Überwachungsmaßnahmen, die durchgeführt werden, seien es Einzelüberwachungen, seien es strategische Überwachungen. Eine quantitative Begrenzung von Überwachungsvolumina gibt es nicht in diesem Zusammenhang. Und dies ist weiterhin die rechtliche Grundlage." Mit anderen Worten, die beiden Geheimdienste haben sich zum wechselseitigen Austausch verpflichtet, das heißt wiederum, dass auch die deutschen Sicherheitsbehörden immens davon profitieren, wenn die Amerikaner die Ausspäharbeit machen. Dass das das Interesse an einer Aufkündigung dieser Abkommen wesentlich mindert, dürfte deutlich sein. Seit der Grundgesetzänderung von 1968 gilt, so Foschepoth, dass bei einer Überwachung der Betroffenen nicht informiert werden muss und der Rechtsweg ausgeschlossen ist. Es gibt also keine Kontrolle. Die Exekutive sagt, sie wisse von nichts oder sie dürfe nichts sagen. Die Gerichte sind ausgeschaltet. Und im Parlament kontrolliert die G10-Maßnahmen eine vielköpfige Kommission, die auf Informationen der Dienste angewiesen sind, genau wie das geheim tagende Parlamentarische Kontrollgremium. Überwachungsmaßnahmen der USA und der Alliierten hat die G10-Kommission immer zugestimmt. Faktisch gibt es im Rechtsstaat Bundesrepublik keine wirksame Kontrolle der Geheimdienste." Das war jetzt aus unterschiedlichen Richtungen mal zusammengetragen, was dieser Passus von der Umerziehung besagt und wichtig ist ja, was damit erreicht werden soll, - wichtig ist die Westbindung Deutschlands und dazu muss eine entsprechende Bereitschaft in der Bevölkerung erzeugt werden. Es reicht nicht, wenn eine Militärregierung sagt, ihr seid jetzt dazu verdammt unsere Gefolgsleute zu bleiben. Das ist klar, dass so etwas auf Dauer wirkungsvolle Opposition hervorriefe und es nie zu einer echten Solidarität irgendwie würde kommen können. Wenn wir nun allmählich in gegenwärtige Zeiträume gehen, dann können wir feststellen, dass es also eine ganz wesentliche Ausdehnung der Einflussphäre der USA gibt und nicht umsonst werden alle diese Aktivitäten von Brzeziński im Einzelnen so zusammengefasst, dass wirklich deutlich werden kann, man ist sich dessen sehr bewußt, dass man einerseits die totale Vorherrschaft haben möchte, andererseits aber weiß, man kriegt das nicht auf dem Weg der direkten Gefolgschaft zustande und muss deswegen eine Art von konsensfähigem System installieren. Brzeziński schreibt, "aufgrund dieser innenpolitischen Faktoren stellt Amerikas globales Ordnungssystem stärker auf die Methode der Einbindung ab. Ebenso setzt es auf die indirekte Einflussnahme auf abhängige ausländische Eliten, derweil es aus der Anziehungskraft seiner demokratischen Prinzipien und Institutionen großen Nutzen zieht." Ab dann die Attraktivität des American Way of Life, wie er sagt, individualistisch-hedonistischen Kultur, beschreibt die Umwandlung des

asiatischen Raums durch den Ersten Irakkrieg in ein amerikanisches Militärgebiet. Er ist da sehr deutlich und schmucklos in seinen Ausführungen, weist auch darauf hin, was ganz wesentlich ist heute mit zu berücksichtigen, "als Teil des amerikanischen Systems muss außerdem das weltweite Netz von Sonderorganisationen, allen voran die internationalen Finanzinstitutionen betrachtet werden. Offiziell vertreten der Internationale Währungsfond und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweit Verantwortung. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den USA dominiert, die sie mit der Konferenz von Bretton Woods im Jahre 1944 aus der Taufe hoben." Und zusammenfassend über diese Art der Strategie: "Anders als frühere Imperien ist dieses gewaltige und komplexe globale System nicht hierarchisch organisiert. Amerika steht im Mittelpunkt eines ineinandergreifenden Universums, in dem Macht durch dauerndes verhandeln, in Dialog, durch Diffusion, und in dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn die Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington DC, ausgeht. Das ist auch der Ort, wo sich der Machtpoker abspielt, und zwar nach amerikanischen Regeln."

.....

Hier wird keine Notwendigkeit gesehen diese Tatbestände zu verheimlichen. Es wird so ausgeführt und erläutert, Vorwort zur deutschen Ausgabe hat Hans Dietrich Genscher geschrieben, der dem Buch also viele aufmerksame Leser wünscht, ebenfalls Helmut Schmidt auf dem Buchrücken: man muss dieses Buch zur Kenntnis nehmen und man muss es Ernst nehmen... Sie scheinen diesem aufklärerischem Aspekt nicht ganz feindselig gegenüberzustehen. Andererseits finde ich es auch eine angemessene Art und Weise, dass der Einzelne nun für sich entscheiden kann wie er damit umgeht, wenn man es allerdings verschläft, dann kann man sich eben jahrzehntelang in Illusionen wiegen.

Diese, wie Brzeziński sagt, hedonistische Kultur dehnt sich also aus und importiert sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet die Strukturen, die Werte der USA, die sogenannte Demokratie, die auf Konkurrenz basierende Marktwirtschaft und dem Lebensstil, der sich im Prinzip auf Konsum und das Streben nach persönlichem Erfolg zurückführen lässt, wie Brzeziński ebenfalls analysiert. Nichts anderes ist ja mit hedonistisch und erfolgsorientiert gemeint. Durch diesen Import in den europäischen und asiatischen Raum hinein trifft natürlich der US-Lebensstil auf eine praktisch entgegengesetzte Lebensform, nämlich den Islam, dem er dort gewissermaßen als Dauergast implementiert wird aus strategischen Gründen. Man wird das also als den vielzitierten US-amerikanischen Kulturimperialismus bezeichnen dürfen und Kulturimperialismus besagt eben, dass es einen Imperialismus, der über das Militärische und über das rein Wirtschaftliche hinausgeht. Eben der *American Way of Life*. Und das stößt natürlich dort auf einen Fundamentalgegensatz und gibt eine Art von natürlichem Hass auf die USA und ihre Verbündeten. Das ist eine ganz logische Folge, wenn sich jemand nicht auf sein eigenes Territorium beschränkt, sondern sich im gegnerischen Gebiet gewissermaßen festsetzt und dort militärisch und wirtschaftlich kulturell mitmisch, dann ist die radikale Ablehnung die natürliche und sicherlich auch leicht nachzuvollziehende Folge dessen. Dieser natürliche Hass, der führt logischerweise zu dem Bestreben, sich in irgend einer Weise zu revanchieren und zu rächen. Von daher ist es klar, dass nun aus dieser Richtung unterschiedliche diffuse Anschläge resultieren, denn man hat ja keinen gemeinsamen Staat,

von dem man jetzt etwa irgend welche militärische Aktionen in Gang setzen könnte. Das Hinschielen darauf, nun ja den Iran nicht zur Atommacht werden zu lassen, ist ja in diesem Zusammenhang auch ein Baustein in der US-amerikanischen Geostrategie. Zunächst wie gesagt, nur diese Möglichkeit vereinzelter Anschläge, dann aber auch das immer dringendere Bestreben nun endlich zu einem islamischen Staat zu kommen, das heißt zu einem weltanschaulich gebundenen und auch das hier und da auftauchende Bestreben im Gegenzug in die westliche Kultur einzudringen und sich dort festzusetzen. Denn damit hätte man auch so eine Art von gewissem Gleichgewicht, wenn sich der Westen im Osten festsetzt und der Osten im Westen, dann hätte man, was das angeht, einen gewissen Ausgleich geschaffen. Und dieser Dualismus zwischen USA und Islam, der ist nun sehr wichtig geworden, weil ja lange Zeit es das Szenario des Kalten Krieges gab, das heißt der Kommunismus mit Russland als Zentrum war der Hauptgegner. Und dieser Dualismus fiel nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Kommunismus weg. Damit gab es jetzt auch im Osten nicht mehr die große Bedrohung, die Mitteleuropa weiter zwingend an den Westen gebunden hätte.

Das ist nun eine grundsätzliche methodische Frage, ich habe vorhin kurz auf die Hegel'sche Beeinflussung der US-amerikanischen Geostrategie hingewiesen. Steiner sagt das ja ganz deutlich, dass die westlichen Gesellschaften mit fast nichts anderem als mit Hegel'scher Philosophie arbeiten. In unserer Zeit findet man das in relativ prominenter Form beim Diplomaten und Politikwissenschaftler Charles Hill, der auch als Berater von Kissinger, George Schulz, Ronald Reagan usw. gearbeitet hat und einen Lehrstuhl an der University Yale innehatte, wo er *Studies in Grand Strategies* [Gesamtstrategie] betrieben hat, also Studien in großer Strategie, über Führungsbefähigung, Staatskunst und Diplomatie. Und programmatisch hat er seinen Studenten erläutert, was es mit diesen Veranstaltungen auf sich hat. Zitat:

"Dieses Programm versucht an die Bildung zu erinnern und ausführlich anzuknüpfen, die jenen in Britannien und den USA am Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts informell zur Verfügung stand, welches sie befähigte sich auf ein Niveau zu erheben, wodurch sie mit den größten Entwürfen der Außenpolitik umgehen und sie verstehen konnte. Unsere philosophische Grundlage greift auf Hegel zurück, der die hohe Politik als den herausforderndsten, unverzichtbaren Bereich der menschlichen Anstrengungen betrachtete. Die wichtigsten Entscheidungen und Handlungen werden in dem Bereich vollzogen, der über dem des Staates liegt."

Den letzten Satz lohnt es sich zu verinnerlichen. Nicht, dass man also der Auffassung ist, die wichtigsten Handlungen fänden auf der staatlichen Ebene statt. Die sind untergeordnet den Ebenen - Hegel bezeichnet das als informelle Bildung - die eben denjenigen zur Verfügung stehen, die die Möglichkeit haben, wie es hier heißt, mit den größten Entwürfen der Außenpolitik umzugehen und sie zu verstehen. Das ist offenbar nicht so einfach, denn sonst würde es keines derartigen Maßes an Bildung bedürfen.

Das hat einerseits zur dualistischen Struktur des Kalten Krieges geführt und nun war also dieser Impuls nicht mehr da und deswegen wurde ein neuer etabliert, und zwar nicht zunächst einmal durch konkrete politische Ereignisse, sondern durch ein Buch von Samuel

B. Huntington, *'The Clash of Civilizations?'* Also der Zusammenstoß der Zivilisationen. Drei Jahre später erschien dann das fast gleichnamige Buch, wiederum *'The Clash of Civilizations'* ohne Fragezeichen jetzt - und mit der Fortsetzung *'and the Remaking of World Order.'* Also die Neugestaltung der Weltordnung. Huntington schreibt also in diesem Buch:

"Der Westen, der im Zenit seiner Macht steht, sieht sich nicht-westlichen Zivilisationen gegenüber, die zunehmend über den Wunsch, den Willen und die Mittel verfügen, die Welt nach nicht-westlichen Maßstäben zu gestalten. Der Golfkrieg ist ein erstes Beispiel dafür, dass künftige Konflikte vor allem interzivilisatorischer Natur sein werden, denn der Golfkrieg ist eigentlich ein Krieg des Westens gegen die islamische Zivilisation gewesen," schreibt ein amerikanischer Regierungsbeamter. Hier wird also eine Szenerie entworfen, in der es in Zukunft nicht mehr primär eine Auseinandersetzung zwischen Staaten, sondern eine Auseinandersetzung zwischen Kulturen ist. Was damit nun gewonnen ist - geostrategisch, dass Kulturen eben nicht an feste Staatsgrenzen gebunden sind, sondern dass man einen kulturellen Kampf noch auf ganz anderen Ebenen, dem der Medien, dem einzelner Menschengruppen lokalisieren kann, mit anderen Worten zivilisatorische Auseinandersetzungen sind geographisch nicht eindeutig lokalisierbar und deswegen ein sehr viel flexibleres Instrument. Und Huntington entwirft eine Weltkarte und zeichnet dort genau ein, wo er sich die Grenze der Zivilisationen vorstellt, interessanterweise geht es da mitten durch die Ukraine - 1996. Was dann zunächst einmal aus diesem Kampf der Zivilisationen oder dem Zusammenstoß geworden ist, das macht deutlich der berühmte 11. September 2001, der sofort als Anlass zum weltweiten Kampf gegen den Terror genommen wurde. Jetzt zeigt sich der große Vorteil dieses neuen Konzepts: es stehen keine regionalen Staaten mehr im Zentrum, sondern weil Terroristen weltweit operieren, ist auch der Krieg gegen den Terror weltweit. Und so war dann ja auch schon während der Live-Übertragung von dem entsprechenden Ereignis immer als permanente Bildunterschrift zu lesen: *America under Attack*. Das war die Botschaft, die sich mit diesen Bildern verbunden hat und die dann einen Tag später viel bedeutender als das Attentat selber dem US-amerikanischen Präsidenten Gelegenheit gab, den Dritten Weltkrieg zu erklären. Es wurde von ihm gesagt, dieser Krieg würde lange dauern und es würde keine neutralen Staaten geben, denn jeder, der neutral ist, ist Gegner der USA. Können Sie auch alles in den originalen Beiträgen nachlesen. So wurde dann auch dieses Ereignis sofort benutzt zur Kriegsführung in Afghanistan, dann später im Irak mit der Destabilisierung dieser Region und der daraus resultierenden notwendigen islamischen Fundamental-Opposition, die es vorher nicht gegeben hat. Das muss man auch ganz deutlich sagen. Diese Fundamental-Opposition ist eine Reaktion auf die US-amerikanische Geo- und Eroberungspolitik. Nach innen kennen wir ebenfalls die Konsequenzen, ganz wesentliche Einschränkung der Freiheitsrechte, die Errichtung eines umfangreichen Abhör- und Ausforschungswesens, das ich im Zusammenhang mit dem Buch von Foschepoth kurz angedeutet habe, das auch vielfach akzeptiert wurde eben aus der Angst vor dem weltweiten Terror ..., wenn es denn dazu beiträgt die Bevölkerung schützen zu helfen, dann sind individuelle Freiheitsrechte möglicherweise das geringerwertige Gut gegenüber der physischen Sicherheit. So wird man im Wesentlichen gedacht haben. So lief das dann also im ersten Jahrzehnt dieses neuen Jahrtausends ab..., und dann kam es im Juni 2013 zum Bekanntwerden dieser Abhörungen. Also die Offenbarungen Edward Snowdens, die sofort die öffentliche

Aufmerksamkeit sehr breit auf dieses Problem hinlenkten, und wenn man sich das Ganze nun angeschaut hat, dann müßte man eigentlich zu zwei Ergebnissen kommen: Erstens die Amerikaner sind nicht unsere Freunde, sondern unsere Feinde. Sie mißtrauen offenbar allen, die hier sind, sie hören alle ab, denken auch gar nicht daran, das irgendwie zu ändern. Damit ist ja im Grunde jedes Gefasel von irgend welcher deutsch-amerikanischen Freundschaft auf politischer Ebene hinfällig. Das zweite, was interessant war, zu sehen, wie reagiert die deutsche Regierung. Sie konnte gar nicht reagieren, weil sie durch Geheimabkommen dazu verpflichtet war, diese Abhörungen hinzunehmen und es ihr auch ganz recht sein konnte, denn sie selber konnte sich ja jederzeit bei diesen Informationen bedienen, bzw. die deutschen Sicherheitsbehörden konnten das. Da muss also auch sofort klar sein, bei der Betrachtung der Reaktionen, die deutsche Regierung vertritt nicht die deutschen Interessen bei den Amerikanern, sondern sie vertritt die amerikanischen Interessen gegenüber den Deutschen. Das muss man, soweit man sehen kann, bei einigermaßen nüchterner Betrachtung der Sachlage, schlichtweg konstatieren, weil man nicht mehr mit seiner Urteilsbildung einfach an den Fakten vorbeigehen möchte. Das hat natürlich die Gefahr mit sich gebracht, einen Anti-Amerikanismus in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung zur Folge zu haben. Und einleitend habe ich ja bereits gesagt, Steiners Auffassung zusammenfassend, das genau das eine tödliche Gefahr für die US-amerikanische Geostrategie darstellt, dass hier Verselbständigungsbemühungen einsetzen, weil man die Loyalität und Solidarität mit der US-amerikanischen Politik aufkündigt. Und man müsste sie normalerweise aufkündigen, bei einem solchen Analyse-Ergebnis.

Was also tun gegen einen solchen Anti-Amerikanismus? Und nun konnten wir Zeuge einer sehr interessanten Dramaturgie in den Medien werden, nämlich wir sahen zunächst einmal binnen weniger Monate den Ukraine-Konflikt aufsteigen. Anlass war die Nicht-Unterzeichnung des GU-Assoziierungsabkommens und das hat dann also dazu geführt, dass es in sehr kurzer Zeit einen Regierungswechsel gab, der inzwischen von Präsident Obama als ein ausgehandelter Deal bezeichnet wurde. Sie können das im Internet nachlesen, wo es heißt, Putin sei vollständig überrascht gewesen von diesem Machtwechsel, weil er von "unserem deal" (Obama) zur Machtübergabe nichts mitbekommen hat. Daraufhin wurde sodann Russland als der Verursacher dieser Spannungen dargestellt, wobei man nun sagen muss, wenn Brzeziński richtig liegt mit seinen Analysen, dann bedeutet das, dass in dem Moment, wo die Ukraine zu Europa gehört, Russland im Grunde als ein Weltreich verloren ist. Das heißt, es kann für einen Staatsmann, der sich auf die Interessen seines Landes verpflichtet, keine andere sinnvolle Reaktion geben als das zu verhindern. Und es ist auf eine relativ kluge Weise verhindert worden, weil nämlich Brzeziński zwei Möglichkeiten sieht, nämlich entweder die Ukraine nach Westen, dann scheidet Russland aus oder die Ukraine nach Osten, dann kann Russland ein großes Weltreich werden. Die eigentliche Lösung ist ein Teil der Ukraine, und zwar derjenige, der sowieso die stärkste kulturelle und bevölkerungsmäßig stärkste Verbundenheit mit Russland hat, und der auch unter dem Gesichtspunkten der Bodenschätze und des Zugangs zu wichtigen Hafen- und Meerregionen von unverzichtbarem Interesse ist. Es geht hier weniger um Moral, sondern um die Frage, was muss jemand tun, wenn ihm eine tödliche Waffe auf die Brust gesetzt wird? Das ist aber gar nicht das hauptsächlich Interessante, sondern die Kampagne der europäischen Medien, insbesondere der deutschen Medien, dazu Russland als neuen

Feind hinzustellen. SowaS ist beispieSlos seit dem Nationalsozialismus und in dieser Tradition bewegt es sich auch publizistisch. Wenn der *Spiegel* also titelt, 'Stoppt Putin jetzt!' und dann da ausgeführt wird, dass es nicht mehr reiche, nur diplomatische Maßnahmen zu ergreifen, dann ist das ja eine solche Aufforderung... Sie können das jetzt auch ganz gut sehen, um es mal beim hinteren Ende aufzurollen, die britische Zeitschrift *Sun* betitelt das Attentat von diesem Wochenende mit "Putin did it!" Putin hat es getan. In der Bild-Zeitung fanden sie gestern die Schlagzeile: "Erste Demonstration gegen Putin!" ARD-Tagesschau, so ungefähr der zweite Satz in der Berichterstattung vom Sonntag lautete: "Einige der Demonstrationsgegner machen Putin indirekt verantwortlich für das Geschehen." Das war der zweite Satz in der ARD. Danach kamen zwar drei dieser einigen zu Wort und haben sich darüber ausgelassen, dass das so mit Putin nicht weiterginge, nur wenn Sie diese Aussage dialektisch umformen, dann bedeutet das, ein Großteil der Demonstranten macht Putin nicht dafür verantwortlich, also ist es auch keine Anti-Putin-Demonstration. Und diese Art und Weise der vorsätzlichen Hetze und Desinformation wird eben zur Zeit systematisch betrieben von den deutschen Medien in der Hoffnung, dass sich die deutsche Bevölkerung gegen Russland und damit wieder sich hinwenden würde zu dem Verteidiger, die USA.

*Die Meldung von der Ermordung [Oppositionsführer Boris Nemzow] soll einen Tag zu früh im Netz gestanden haben...*

Man muss das natürlich im Einzelnen nachprüfen, aber es gibt da auch eine relativ gute Tradition, also die Ermordung des österreichischen Thronfolgers, die den Ersten Weltkrieg ausgelöst hat, ist ebenfalls zu früh veröffentlicht worden. Und schon ein Jahr vorher in veröffentlichten Prognosekalendern bekanntgegeben worden im übrigen, können Sie recherchieren.

*Wie stellen Sie sich das denn konkret vor? Wie funktioniert so eine Umerziehung? Wo wird wirklich Druck ausgeübt und wo funktioniert das automatisch?*

Dass so eine Kampagne von oben nach unten verläuft, dass erst einmal Weisungen ausgegeben werden...

*...aber wer ist da oben?*

Die Intendanten!

*Und die bekommen Weisungen aus Washington?*

Ich weiß nicht wo genau sie ihre Weisungen herbekommen, ob das aus Berlin ist oder aus welcher Stadt sie kommen, sie sitzen alle - und das können Sie in diesem Buch ganz gut nachlesen - in den entsprechenden Führungszirkeln und den Zusammenschlussgremien, die transatlantische Wechselwirkungen befördern wollen. Da sind die fest eingebunden in diese Netzwerke, wie gesagt, als da mit Angabe der einzelnen Organisationen nachzulesen und von dort aus scheint mir einigermaßen deutlich zu sein, kommen die Direktiven. In welchem Ausmaß die dann auf automatischen Gehorsam treffen oder inwieweit man das extra mit entsprechenden Hinweisen dann veranlassen muss, das weiß ich nicht genau, das muss ich zugeben.

*Was Sie sagen, nennt man "Verschwörungstheorie!"*

Man nennt es Verschwörung, zunächst einmal, und das Wort Theorie nennen vorzugsweise diejenigen, die der Auffassung sind, dass es solche Verschwörungen nicht gäbe, mit anderen Worten, dass in der Weltpolitik alles mit offenen Karten gespielt würde. Das halte ich aber für eine derartig abwegige Auffassung, dass ich zunächst einmal von einem Fall von Verschwörung ausgehe, den Theoriebegriff würde ich im wissenschaftlichen Sinne verwenden wollen, nämlich das ist eine Hypothese, die wahr oder falsch sein kann und die man dann daraufhin untersuchen kann. Wer von vornherein der Auffassung ist, Verschwörungstheorie sei ein Vorwurf gegen den Verschwörungstheoretiker, der zeigt ja, dass er eine derart vorgefasste Auffassung hat, dass es gar nicht sinnvoll ist mit ihm darüber zu diskutieren, ohne Ihnen das damit unterstellen zu wollen.

*Udo Ulfkotte, 'Gekaufte Journalisten,' da beschreibt er doch minutiös wie das läuft, wie die gekauft werden.*

Natürlich ist nicht jede Verschwörungstheorie wahr und es gibt eine ganze Menge völlig unsinniger Verschwörungstheorien, die schon von ihrer Struktur her keinerlei Plausibilität mit sich führen und deswegen eben dieser meines Erachtens empfehlenswerte Umgang damit, das im Einzelfall zu prüfen, aber nicht sich auf eine Diskussion einzulassen, ob Verschwörungstheorien prinzipiell gerechtfertigt sind oder nicht, denn wie gesagt, die Auffassung, dass es in der Weltgeschichte keine Verschwörungen gibt, ist derartig unsinnig, dass sich keine nähere Auseinandersetzung damit lohnt.

Diese Eskalation im öffentlichen Raum hat nun aber ein erstaunliches Ergebnis mit sich geführt, sie ist nämlich eigentlich misslungen. Das heißt, es ist nicht gelungen - es wird zwar weiter versucht, aber es gelingt nicht so recht, - die deutsche Bevölkerung auf einen einheitlich anti-russischen Kurs einzuschwören. Im Gegenteil, es hat eine ganz starke Kritik an der Berichterstattung der Medien ausgelöst, die zunächst einmal im Internet, in Leserkommentaren, in Foren stattfand und die dann sogar die ARD veranlasst haben, diesem Thema zur besten Sendezeit eine Diskussionssendung zu widmen, nämlich bei Günther Jauch. Dass die moderiert worden ist von einem Exponenten, sozusagen der einen Partei, das ist natürlich dann wieder so eine Angelegenheit über deren Sinn man streiten kann, aber jedenfalls ist das ein Thema, das offensichtlich nicht mehr zu ignorieren gewesen ist und von daher ein erstaunlicher Fortschritt gegenüber der Zeit des Kalten Krieges, sicherlich mitgeschuldet, den Möglichkeiten, die durch das Internet gegeben sind an alternativer Informationsbeschaffung, aber womöglich auch das Ergebnis eines stärkeren politischen Bewusstseins und einer größeren Unabhängigkeit von den Massenmedien. Das war aber dann eigentlich das Zeichen dafür, dass eine solche einfache Strategie, also 'einfach' zu den Mitteln des Kalten Krieges zurückzukehren, offenbar nicht ertragreich genug ist, so dass eine neue Strategie erforderlich war und dazu möchte ich dann nach einer kurzen Pause gerne kommen, um zu sehen, wie es sich dann von dort aus weiterentwickelt hat, weil das eine wesentliche Zäsur ist zu sehen, es tritt eine bedrohliche Situation ein, es wird ein altes Rezept verwendet diese Situation aufzulösen und dieses alte Rezept funktioniert nicht so wie gewünscht. Was also tun? Es scheint jetzt die Herausforderung eine methodische Frage zu sein, dass man also nicht einfach dieselbe

Methode noch mal in anderer Einkleidung verwenden kann, sondern dass die Methode eine neue Struktur haben muss.

Wir waren an der Stelle, die es eigentlich den US-amerikanischen Kräften zur Notwendigkeit gemacht hat sich sozusagen ein neues Konzept auszudenken und vordergründig betrachtet muss man ja sagen, dass es zunächst mal wieder darum ging das Konzept des Kampfes der Kulturen in den Mittelpunkt zu stellen, insbesondere zunächst einmal über das Phänomen der Bestrebung nach Gründung eines islamischen Staates, das ja mit Methoden versucht wurde, denen man, wenn man den Medien glauben kann, und ich weiß diesbezüglich nicht, ob man ihnen glauben kann oder nicht, denn ich kann ja auch nicht behaupten die Wahrheit jenseits zu kennen, auf jeden Fall aber mit Methoden ausgeübt wird, die für unser Bewusstsein, für diejenigen, die das aus den Medien entgegennehmen, sehr stark abstoßenden Charakter hat, was damit wiederum gewährleistet ist, die Möglichkeit zu militärischer Intervention, die dann ja auch im August 2014 prompt eingesetzt hat, also jetzt führen die USA wieder Krieg dort. Das alleine ist jetzt natürlich aber keine Szenerie, die in der mitteleuropäischen Bevölkerung auf irgend welche Begeisterung stoßen würde, denn da war man ja im Grunde froh, allmählich von den Altlasten Afghanistan und Irak herunterzukommen und sich wieder nachhaltiger dort engagieren zu sollen, ist jedenfalls kein attraktives Projekt in der Öffentlichkeit. Immerhin hat sich aber natürlich durch eine entsprechende Berichterstattung eine grundlegende Gesinnungsopposition erst einmal breit gemacht, und dann begannen während des Jahres 2014 einige nicht sehr unerwähnenswerte öffentliche politische Aktivitäten. Zunächst einmal, das ist nicht sehr umfangreich berichtet worden, gab es montags Mahnwachen gegen Kriegsrhetorik. Das heißt, es hat gewisse Bevölkerungskreise gegeben, die sagten, wir müssen eigentlich jetzt mal gegen unsere Medien demonstrieren, gegen die Art und Weise, wie Deutschland möglicherweise längerfristig in eine neue militärische Auseinandersetzung hineingezogen wird.

Das zweite ist, dass sich mit der Alternative für Deutschland erstmals eine Partei in Landesparlamenten etablieren konnte, die eine dezidiert anti-europäische Richtung vertritt im August 2014. Bei der Bundestagswahl ist diese Partei ja noch draußen geblieben, aber möglicherweise entsteht ja hier ein politische Sammelbewegung für die Kräfte, die also einer weiteren europäischen Integration, wie sie von den USA gefordert wird, sehr kritisch und ablehnend gegenübersteht. Alle diese Dinge sollen überhaupt keine Parteinahmen für oder gegen etwas sein. Ich will also mit diesem Versuch einer grundlegenden Opposition keine Sympathie damit verbinden, sondern zunächst nur eine Beschreibung dessen, was da passiert ist und nachdem das also im August 2014 geschah, begann dann ein Herbst, der sicherlich der stürmischste war, den wir seit 1977, seit den Zeiten der Schleyer-Entführung, der Roten Armee-Fraktion in Deutschland erlebt haben. Zunächst also gab es im Oktober eine Bewegung mit dem Titel '*Hooligans gegen Salafisten*', und dann natürlich die jedermann geläufige Organisation '*Pegida*'. Da ist es nun ganz interessant ein bisschen auf die Namensgebung zu schauen. '*Hooligans gegen Salafisten*', wenn ich Sie mal frage, was möchten Sie nun lieber sein, Hooligans oder Salafisten, hielt sich Ihr Enthusiasmus vermutlich in Grenzen. Pegida - Patriotische Europäer! - Mmmh. Also man könnte sogar zugespitzt fragen, patriotisch oder Europäer? Aber selbst wenn man das jetzt mal als



einigermaßen gängige Phrase hinnimmt, dann scheint das doch in eine gewisse rückwärtsgewandte Richtung zu deuten. Gegen die Islamisierung des Abendlandes. Islamisierung - suspekt, Abendland hört sich natürlich auch fürchterlich verstaubt an und traditionell etwas vorbelastet. Mit anderen Worten, es ist interessant, dass hier Oppositionen aufgebaut werden, von denen keine der 'normalen Bürger' (für die ich uns jetzt ganz kurz mal erklären möchte), bei denen wir extreme Sympathie für das eine und Antipathie gegen das andere aufbringen. Natürlich sind diese Bewegungen sofort durch die Medien geächtet und kriminalisiert worden. Also ein Magazin, das von vielen für seriös gehalten wird, DIE ZEIT, betitelt etwa: "Der Hass von Leipzig!" So hatte ich mir neutrale Berichterstattung immer vorgestellt. Immerhin schränkt das die Anzahl der zur Information in Betracht kommenden Medien meiner Ansicht nach immer weiter ein und hat von daher ja auch sein Gutes. Es ist jedenfalls massiv versucht worden, Antipathie dagegen aufzubauen und das hat auch gut funktioniert, denn es gab jetzt umfangreiche Gegendemonstrationen, die sich gebildet haben und die Gegendemonstrationen wurden wiederum in den Medien protegirt und es wurde dann immer gezeigt, dass die Gegendemonstrationen aber etwas größer sind als die Pegida-Demonstrationen und auf diese Art und Weise wurde das politische Klima sehr wirkungsvoll aufgeheizt in - zunächst einmal vordergründig analysiert - unterschiedliche oppositionelle Strukturen und gleich zu Beginn diesen Jahres erreichte die ganze Tendenz dann ja ihren bisherigen Höhepunkt, nämlich das Attentat auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo am 7. Januar 2015 und es hat eine überwältigende, kaum je dagewesene Solidaritätswelle eingesetzt und dafür stand auch gleich ein entsprechendes Emblem, eine entsprechende Graphik zur Verfügung mit einem entsprechenden Inhalt, 'Je suis Charlie,' - also 'Ich bin Charlie,' das als eine Form von Solidarisierung, die von sehr vielen Menschen zum Beispiel als Logo auf Facebook-Seiten und dergleichen verwendet wurde. Das hat man zumindest eine Zeit lang überall gesehen und es entstand so eine Art von der Stimmung des Zusammenstehens der westlichen Zivilisation gegen den Islam. Das ist das in etwa, was als Ergebnis dabei herauskam. Jetzt muss ich zwischendrin mal fragen, wo ist übrigens die Abhöraffaire geblieben? Da gibt es jetzt noch parlamentarische Untersuchungsausschüsse, die derartig zähflüssig arbeiten und sich in unterschiedlichen Querelen verstricken, so dass jegliche Dynamik aus diesem Vorgang herausgegangen ist. Die Menschen haben auch einfach Dringenderes oder sie Bedrängenderes im Bewusstsein als jetzt dieses Ausgespätetsein durch die Amerikaner. Insofern muss man jetzt also sagen, dass diese Entwicklung, selbst wenn man sich jetzt auf den Standpunkt stellt, damit haben die Amerikaner überhaupt nichts zu tun und die deutschen Medien haben das also nur so kommentiert, weil sie ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht nachgekommen sind, selbst wenn man diese Auffassung hat, muss man sagen, das Ergebnis des Ganzen ist jedenfalls sehr im amerikanischen geostrategischen Interesse.

*Und zur gleichen Zeit haben fünfzigtausend Menschen demonstriert gegen das Freihandelsabkommen und darüber haben sie nicht berichtet, sondern über Pegida.*

Das sind also die Sachen, die sich hinter den medialen Kulissen abspielen. Nicht etwa hinter den öffentlichen Kulissen, dazu sind fünfzigtausend doch eine ganze Menge, aber davon erfährt man eben weniger. Stattdessen also der Versuch die Solidarität der

westlichen Welt, wenn schon nicht gegen Putin, sondern doch zumindest gegen den Islam zustande zu bringen und das Ergebnis ist nun ein scheinbarer Kampf der Kulturen. Und dieser Kampf der Kulturen wird von den deutschen Leitmedien mit großer Durchschlagskraft und zum Teil auch beträchtlicher Virtuosität inszeniert. Zum Beispiel Schlagzeile der Bild-Zeitung vom 15. Januar: "Wir gegen den Terror!" Wir - also wir hier zusammen mit der Bild-Zeitung - gegen den Terror. Wer oder was das nun auch genau sein mag.

Das kann man nun nicht bei den etwas besser situierten Zeitschriften auf einem ähnlich primitiven Niveau machen. Deswegen mal eine andere Schlagzeile vom selben Tag, die ich wirklich ganz beeindruckend fand, von der Frankfurter Allgemeinen. Das ist eine sehr lange Überschrift, wo offenbar eine ganze Redaktion sich lange den Kopf zerbrochen hat, wie man das entsprechend konfiguriert. Die Hauptzeile lautet jetzt nicht mehr "wir gegen den Terror," sondern "wofür wir kämpfen müssen," also wieder wir, zusammen mit der Frankfurter Allgemeinen, wir müssen etwas, also alternativlos. Es ist nicht so, dass wir jetzt noch überlegen können, dass wir das doch nicht müssen Und wir müssen jetzt also für etwas kämpfen. Das ist ja schon mal gut, für etwas zu kämpfen und nicht gegen etwas. Die Frage ist es, wofür genau? Da kommt dann die folgende Liste: für einen anderen Islam, für wehrhafte Geheimdienste, für kluge Gesetze, für ein sich selbst achtendes Europa, und jetzt brechen Sie bitte nicht in Tränen aus - dahinter: für Leben, Liebe, Lachen! Frankfurter Allgemeine. Also das letzte Anhängsel ist für die Ganz-Doofen, von denen man offensichtlich annimmt, dass es sie in der Leserschaft auch gibt, aber der Rest hat es ja in sich als ein politisches Programm. "Für einen anderen Islam." Stellen Sie sich mal vor im Irak oder Afghanistan gründet sich eine größere Gruppe und schreibt "für ein anderes Christentum" oder "für ein anderes Europa!" Das würde man als Kriegserklärung bewerten. Wie soll aber die Ansage für einen anderen Islam ... bewertet werden. Das mit dem wehrhaften Geheimdiensten das beinhaltet u.a. die Implikation, dass die Geheimdienste momentan noch nicht wehrhaft genug sind, dass man also schauen muss, die noch weiter mit Rechten auszustatten. Für kluge Gesetze heißt, die jetzigen sind dumm oder zumindest noch nicht klug genug. Man wird sie noch weiter ändern müssen. Und für ein sich selbst achtendes Europa heißt also, überwindet eure innere nationale Einstellung, seid europäische Patrioten und achtet euch selber. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabenstellung. Wenn man das nun in seiner Gesamtheit sich anschaut, dann sieht man wirklich, es ist rhetorisch sicherlich nicht einfach gewesen, eine solche politische Programmatik in einige wenige kurze Phrasen zu fassen und die auch noch mit dem Titel zu versehen: wofür wir kämpfen müssen!

Jetzt mal ein paar konkretere Beispiele, um zu sehen wie hier mediale Agitation in der Tradition großer deutscher Propagandaminister gemacht wird. Diese Gesamtattacke gewissermaßen richtet sich nach Auffassung der deutschen Bevölkerung gegen einen Kampf gegen die Meinungsfreiheit, denn das ist ja das große Kulturgut, das zunächst einmal vorgeblich verteidigt werden soll. Wir lassen uns doch von anderen Kulturen nicht darin beschränken, etwa Karikaturen über die, die wir karikieren wollen, zu zeichnen! Da ist ja auch einiges dran an diesem Anspruch darauf, selber schreiben zu können, was man will. Nun muss man aber sagen, dass wir hier Meinungsfreiheit haben ist eine der großen Lebenslügen unserer Kultur. Da behaupten Sie einmal etwas, was nicht in das politisch-

korrekte Programm paßt, setzen Sie sich einmal etwas, wie man so schön sagt, rechts von der Mitte, also rechts von der CDU, und Sie werden sehen, so richtig gut sieht es mit der Meinungsfreiheit nicht aus. Sie werden sofort sozial geächtet und etwa als Lehrer an einer freien Schule hinausgeworfen, wenn sie entsprechende Positionen vertreten und die Schulleitung meldet dann erfolgreich Vollzug und sagt, das könne man Schülern, Eltern und Lehrern im Kollegium nicht zumuten, mit jemandem zusammenzuarbeiten, der sich so oder so geäußert hat. Dafür gibt es unterschiedliche Beispiele, die deutlich machen, dass also von einem Recht auf Meinungsfreiheit nur in eingeschränktem Maße die Rede sein kann, nämlich Recht auf Meinungsfreiheit innerhalb des Spielraums der *political correctness* oder des allgemeinen, durch die Medien vorgegebenen Konsens.

Das ist die eine Sache, die andere Frage ist aber, wie geht man mit der Meinungsfreiheit um? Ich würde mich ja absolut dazu bekennen zu sagen, selbstverständlich schreitet der Gesetzgeber nicht ein und schreibt irgendeiner Zeitschrift vor, dass sie bestimmte Arten von Karikaturen nicht abdrucken darf. Die andere Frage ist aber, was tut man damit? Ist es sehr klug, ist es sehr taktvoll, ist es sehr förderlich für diese Kultur genau zu wissen, da ist eine Gruppe, die leicht radikalisiert war, Anhänger eines bestimmten Glaubens, und die haben in der Vergangenheit schon gezeigt, dass ihnen nichts mehr zusetzt, als Verhöhnungen ihrer Religion in Form von Karikaturen. Muss man das machen? Das ist eine schwierige Frage, weil natürlich der rechtliche Faktor: man es darf und derjenige: man tut es, sehr stark voneinander zu unterscheiden sind. Als Außenstehender kann ich eigentlich nur sinnvoll oder halbwegs maßgeblich Stellung nehmen zur Rechtsfrage, nicht zur Frage des Umgangs mit dem Recht. Wenn jemand das also nun so beschließt zu tun, also von seiner journalistischen Freiheit Gebrauch zu machen, dann weiß er aber, was das für ein Risiko darstellt. Und dann kann es gut passieren, dass er sich in erhebliche Gefahr bringt, das muss er vorher wissen.

Mir ist das an dieser Stelle, als ich an einem anderen Ort mal gesagt hatte, eingewendet worden, ich würde damit diese Attentate rechtfertigen wollen. Das ist natürlich absoluter Unsinn. Wenn sie erst einmal verübt worden sind, dann ist es selbstverständlich auch Bestandteil des geltenden Strafrechts und der Exekutive, das verfolgen zu müssen und nach Möglichkeit verhindern zu müssen. Alles gar keine Frage. Aber hier ist klar, was das Ergebnis sein kann und hinterher überrascht zu tun, wie konnten die sich jetzt wehren dagegen, das sind Krokodilstränen, die verdienen es meiner Auffassung nach nicht Ernst genommen zu werden. Und wenn nun eine allgemeine Solidarität einsetzt, dann ist das zwar nach Auffassung derjenigen, die solidarisch sind, ein Eintreten für die Meinungsfreiheit, aber eigentlich ist es ganz was anderes, was bloß diejenigen, die dafür eintreten in der Regel nicht sehen. Wenn eine Zeitschrift Mohammed-Karikaturen bringt und jetzt massenhaft auftaucht, 'Ich bin Charlie,' also ich bin diese Zeitschrift, dann kann das nur als eine Kollektivbeleidigung dieser Religion aufgefasst werden. Anders ist das gar nicht möglich. Das heißt, es muss in dem islamischen Sprachraum, im Glaubensgebiet, die Auffassung entstehen, das sind nicht nur einige wenige Zeitschriften, sondern da ist eine riesige Solidaritätswelle, die einzelnen Menschen in dieser Gesellschaft solidarisieren sich mit den Karikaturen. Da nützt es überhaupt nichts zu sagen, nein, so habe ich das überhaupt nicht gemeint, sondern da muss man, wenn möglich, soviel Intelligenz aufbringen

vorher zu sehen, was das wohl an Reaktionen hervorbringen wird diese Form der Solidarisierung. Es ist also eine faktische Kollektivbeleidigung und ob jemand beleidigt wird oder nicht, entscheidet ja immer der Beleidigte. Also zu sagen, wir haben euch gar nicht beleidigt, ist ein wenig triftiger Einwand. Und das heißt natürlich, es werden Gegenreaktionen kommen. Es wird weitere Anschläge geben. Die sind ja provoziert worden durch die Reaktion der europäischen Öffentlichkeit und die werden sich mehr und mehr gegen unsere Gesellschaft als Ganzes richten, weil ja jetzt anhand dieser Solidaritätsbewegung deutlich geworden ist, dass die Gesamtgesellschaft oder ein Großteil von ihr hinter dieser Ablehnung des Islam steht. Ohne Solidaritätsbewegung würde es eine journalistische... geblieben sein, aber es ist weitgehend kollektiv geworden, und so inszeniert sich ein Kampf der Kulturen selber. Die Schlüsselrolle dabei haben die Medien, die geben die Parolen vor, die Leitsätze, und dann formieren sich entsprechende öffentliche Stellungnahmen, die allmählich immer schärfer gegeneinander gehen und so also diese Entwicklung einer Konfrontation, die man als Kampf der Kulturen bezeichnen könnte.

Und nun zur Analyse dieses Vorganges. Ein Kampf der Kulturen gibt es nicht. Es kann erst einmal gar keinen Kampf der Kulturen geben, weil Kulturen keine handlungsfähigen Subjekte sind. Eine Kultur kann nichts machen, kann nichts wollen, es können immer nur Menschen etwas wollen. Nun könnte man immerhin sagen, dann könnte man vom Kampf der Kulturen soweit sprechen, als dass wirklich die meisten oder eine überwältigend große Anzahl der Exponenten dieser jeweiligen Kulturen einen solchen Kampf gegeneinander führen. Aber auch das ist nicht richtig. Die Anzahl der entschlossenen deutschen Kämpfer gegen den Islam ist gering und wird es auch bleiben. Und die Anzahl der entschlossenen islamischen Kämpfer gegen die westliche Zivilisation ist auch gering und wird es auch bleiben. Die meisten Menschen sind weit davon entfernt ein kriegerisches Verhältnis dazu zu haben. Was wir haben ist der Kampf einiger Islamisten oder einer Reihe von Islamisten für einen eigenen Staat und gegen den US-amerikanischen Kulturimperialismus. Und damit sind wir ein bißchen beim Ausgangspunkt, denn dieser Kulturimperialismus ist das primäre Phänomen. Es ist nicht so, dass der Islam beschlossen hätte aus seiner friedlichen 'Region' herauszukommen und Europa zu intervenieren, sondern es ist genau umgekehrt gewesen. Die USA haben sich dazu entschlossen, den asiatischen Raum zu besetzen und dort militärische, wirtschaftliche und kulturelle Präsenz auszuüben. Das ist die Ursprungsaggression! Dass dann natürlich eine aggressive Reaktion zurückkommt ist klar, aber dieser sogenannte Terror ist provoziert! Und das, was die US-amerikanische Regierung betreibt ist effektiv auch kein Kampf gegen den Terror, sondern Kampf für den Terror, nämlich alles zu tun, was die Wahrscheinlichkeit und die Motive für künftigen Terror weiter erhöht und nicht etwa herabsetzt. Und deswegen hat George W. Bush auch vollkommen Recht gehabt als er gesagt hat, dieser Kampf werde lange dauern. Er wird, solange es einen sogenannten Kampf gegen den Terror gibt, überhaupt gar nicht enden. Der wird also gezüchtet, gewissermaßen, und was sicherlich real ist, dass es dann einen militärischen oder zumindest in vereinzelt Kampfhandlungen sich niederschlagenden Kampf gegen die Weltherrschaft der USA gibt. Die Basis dafür wird man wohl sagen dürfen, ist vor allen Dingen im Islam eine Verachtung der Werte, der Kultur. Und das muss man relativ klar sagen, und ich bilde mir ein mich da einigermaßen informiert zu haben, die Auffassung, dass der Mensch ein Wesen ist, das sich durch wirtschaftlichen Egoismus durchsetzt und

konsumiert, das ist nichts, was jemanden, der aus der Blickrichtung des Islam sich die menschliche Verfassung anschaut, etwas was dort in irgend einer Weise Respekt oder Achtung hervorrufen könnte. Also die europäische und die amerikanische Welt erscheinen den Vertretern eines entsprechenden Islam als vollkommen degeneriert und wenn die dann auch noch versuchen ihre Kultur in ihr eigenes Gebiet zu exportieren, dann ist klar, was die Folge sein wird.

Wenn wir jetzt aber zum Strategischen zum Schluss noch einmal zurückkommen, dann zeigt sich, auf der einen Seite hätten wir allen Grund gegen die beherrschenden Tendenzen in unserer Gesellschaft irgend etwas zu tun, nur die beherrschenden Tendenzen haben mit irgend einer regionalen kulturellen Ausrichtung gar nichts zu tun. Ich habe in einem vergangenen Vortrag versucht deutlich zu machen, dass wir drei wesentliche Probleme haben in unserer Gesellschaft, nämlich ein Verdummungsproblem, ein politisches Entrechtungs- oder Entmachtungsproblem und ein Verarmungsproblem. Das sind politische Themen, wenn man so will, Sachthemen, die zunächst einmal nichts mit irgend welchen geographischen Erwägungen zu tun haben, aber dagegen kann sich gewissermaßen keine Opposition bilden oder keine entsprechende Aufklärung, weil diese Bewusstseinschicht gewissermaßen überlagert wird von einer solchen, in der es immer um geopolitische Kämpfe geht, also um regionale Auseinandersetzungen. Und ich hatte am Ende des ersten Teils gesagt, dass jetzt in gewissem Sinne ein neuer Gegner her musste, nach der Aufdeckung des Abhörskandals und wenn die Hegel'sche Methodik dort das Beherrschende ist und man gesehen hat, die einfache Konfrontation, die einfache Antithetik, um es mit Hegel zu sagen, funktioniert nicht mehr, dann muss eben eine grundlegend neue Strategie her und ich möchte die mal möglichst sachlich mit dem Ausdruck 'multipolarer Konfrontation' bezeichnen. Also es ist ein Konfrontationsprinzip, aber es ist nicht mehr bipolar, sondern multipolar. Das soll auch das Thema des nächsten Vortrages sein..., aber ich möchte, um ein möglichst deutliches Bild davon zu geben, was mit dieser Strategie gemeint ist, das noch einmal an den aktuellen Entwicklungen abschließend kurz darstellen.

Gehen wir noch einmal zurück auf die politischen Geschehnisse des letzten Jahres, da hat sich eine Protestorganisation gebildet, mit einem Titel, der etwas rechtslastig klingt und stark konfrontativ klingt. 'Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes'. Wenn nun eine solche Bewegung mediale Aufmerksamkeit erregt, dann werden sich ihr vermutlich unterschiedliche Menschen anschließen, und zwar mit durchaus unterschiedlichen Motiven. Ich möchte vier Motive, die ich annehme, voneinander unterscheiden: Erstens Islamfeindlichkeit, da geht es wirklich um die wie auch immer geartete Gefahr, da kommt eine Bedrohung in unsere Gesellschaft hinein und die wollen wir abwehren. Zweitens, allgemeine Ausländerfeindlichkeit, denn aus einer gewissen Perspektive ist der Islam ja nur ein relativ geringfügiges Problem, da wird gesehen, dass der Gesamtanteil der Ausländer so hoch ist, dass man sich selber benachteiligt fühlt... Das grenzt schon - affektgeleitet, diese Antipathie gegen andere, aber von da aus lässt sich ein gewisser Übergang finden zu einer politischen Argumentation, nämlich die Auffassung, dass wir schlecht regiert werden, das heißt die eigentliche Opposition gilt sozusagen bei diesem reflektierteren Niveau nicht den Ausländern, sondern der Ausländerpolitik. Was ja

zwei ganz unterschiedliche Dinge sind. Das ist also eine politische Kritik und dann wird als Viertes dazukommen in einem sehr weiten Rahmen die Unzufriedenheit mit unseren gesellschaftlichen Zuständen generell. Meistens sicherlich ganz stark begründet in der Unzufriedenheit mit der eigenen Biographie, für das die Ausgangssituation in der Gesellschaft verantwortlich gemacht wird, aber durchaus nicht immer. Es gibt auch Menschen die mit ihrer eigenen Biographie durchaus zufrieden sind, aber mit der Gesellschaft nicht. Man bringt es also zustande, dass sich um diesen einseitig formulierten Kern, weil er in gewissem Sinne derjenige ist, der am meisten Aufmerksamkeit erregt, weil er am meisten von den Medien dargestellt wird, eine ziemlich große Gefolgschaft bildet. Das Problem ist nun, dass man sich mit einem solchen 'Haufen' gar nicht unmittelbar und differenziert auseinandersetzen kann, weil eben ganz unterschiedliche Motivlagen da zusammenkommen. Und wenn die nun kriminalisiert und dämonisiert werden, wie das vielfach geschehen ist, dann gibt es eben eine breite gesellschaftliche Opposition, die werden entsprechend gefeiert in den Medien und schon hat man eine Spaltung der Gesellschaft zustande gebracht, denn der Anteil derjenigen, auf die eines der vier eben genannten Motive zutrifft in unserer Bevölkerung, ist hoch! Wir haben es hier nicht mit einer vernachlässigbaren Minderheit in unserer Bevölkerung zu tun. Da ist also schon eine einigermaßen weitgehende Spaltung und nun nehmen wir auf der anderen Seite die anti-islamische Richtung dazu. Die Anschläge sind vor allen Dingen der Anlaß gewesen, so dass man nun überall von islamischem Terror spricht, zu Protesten aufruft gegen den Islam, der zusätzlich den Effekt hat wie dargestellt, den noch weiter zu provozieren. Mit diesen Protesten gegen den Islam hat man aber nun als normaler von den Medien angesprochener Deutscher ein gemeinsames Motiv mit den Pegida-Demonstranten. Das ist aber nun sehr problematisch, denn damit sind Sie jetzt in der Gefahr rechtslastig zu werden, das heißt, Sie müssen sich jetzt nicht nur vom Islam distanzieren, sondern auch von Pegida. Sie haben also gar keine einheitliche Opposition mehr, sondern Sie haben jetzt zwei, zwischen denen Sie in gewissem Sinne hin und hergerissen sind. Und jetzt denken Sie das Ganze ein bißchen weiter, auch da habe ich schon Artikel gelesen, die Pegida vertritt ja nicht nur deutsch-nationale Interessen unter anderem, sondern sie vertritt auch zionistische Interessen. Auch da gibt es sehr prominente Befürworter, Henrik Broder, der in der Welt schreibt, sei hier erwähnt, weil natürlich diese Richtung 'Der Islam ist eine Bedrohung' nicht nur für die deutsche Gesellschaft, sondern auch für den Staat Israel ebenfalls eine sehr lange Tradition hat. Damit sind Sie aber in einer noch viel diffuseren Lage, denn das Problem ist, wenn Sie sich jetzt gegen Pegida stellen, weil Sie ja gegen die ganzen Nazis sind, sind Sie schnell selber einer, weil Sie auch gegen jüdische Interessen, gegen Zionismus sind, zumindest kann man es Ihnen bei Bedarf ganz schnell so auslegen. Das ist nun schon wieder etwas, wo Sie kaum eindeutig Stellung beziehen können. Und nun hat sich Pegida auch noch gespalten. Die Spaltungsbewegung nennt sich zunächst einmal 'Direkte Demokratie für Europa', das klingt natürlich ganz verheißungsvoll und wieder könnte man mit einer gewissen Bösartigkeit fragen, was denn nun? Demokratie oder Europa? Aber wenn wir das jetzt so durchgehen lassen, klingt das zunächst einmal ganz gut, und dann hat diese Splittergruppe aber zugleich angekündigt, sich im politischen Spektrum der Bundesrepublik rechts von der CDU positionieren zu wollen. Und jetzt können Sie sich mal überlegen, wie viele von den direkten Demokraten wollen rechts von der CDU lokalisiert werden und wie viele von denen, die rechts von der CDU lokalisiert sind, wollen

direkte Demokratie? Sie haben also im Grunde die Voraussetzungen für eine weitere Spaltung dieser vermutlich ohnehin bedeutungslosen Splittergruppe im Grunde schon geschaffen.

Damit hoffe ich das Konzept der multipolaren Opposition etwas deutlich gemacht zu haben, denn Sie können jetzt nicht mehr sich eine einseitige Stellungnahme für etwas und gegen etwas anderes erlauben, sondern Sie müssen immer differenziert überlegen, wo und gegen wen jeweils richten Sie sich und das Ergebnis ist die Spaltung der Gesellschaft in zahlreiche kleine Splittergruppen, die durch solche multioppositionalen Verhältnisse miteinander verbunden sind. Dadurch ist Gesellschaft als solche handlungsunfähig. Daraus kann überhaupt gar keine einheitliche Richtung mehr hervorgehen für etwas Bestimmtes, etwa gemeinsam Politisches oder sonst wie zu arbeiten. Damit fällt die von vielen Autoren so hochgejubelte Zivilgesellschaft als kulturgestalterischer Faktor praktisch weg und wenn ich das richtig sehe, langfristig! Außerdem ist diese Gesellschaft primär mit sich selber, genauer gesagt jeder mit seinen zahlreichen Gegnern beschäftigt, und damit überlässt man das Feld der Politik denjenigen, die jenseits dieser Opposition stehen. Den Politikern, denen das, was ich vorher als Elite bezeichnet habe, die viel zu schlau sind sich jetzt irgendwie einseitig innerhalb dieser Oppositionsfallen, die an jedem Wegesrand herumstehen, in eine dieser Fallen zu begeben und wie gesagt, weil die Gesellschaft primär mit sich selber beschäftigt ist, wird sie immer weniger mit der Politik, mit den Politikern und mit den Fragen ihrer eigentlichen gesellschaftlichen Gestaltung beschäftigt sein können. Und damit wäre das, was Ziel der US-Politik sein muss, im wesentlichen gewährleistet, dass sich nämlich so eine nennenswerte Opposition herausbilden kann gegen das, was geostrategisches Interesse der US-Politik ist.

Also, wenn ich zum Vortragstitel abschließend zurückkomme, 'Kampf der Kulturen oder Spaltung der Gesellschaft,' meiner Auffassung nach haben wir einen inszenierten, aber nur scheinbaren Kampf der Kulturen, der ein strategisches Mittel dazu ist, eine Spaltung der Gesellschaft hervorzubringen. Das ist das eigentliche Problem... Die Frage ist, wie stellt sich der Einzelne dazu? Wie kann man sich überhaupt dazu stellen? Und in dem nächsten Vortrag möchte ich zwei Schwerpunkte setzen, nämlich erstens diese Struktur der multipolaren Opposition etwas näher zu analysieren, und zwar sowohl logisch als auch psychologisch, nämlich wenn wir solchen Dingen 'auf den Leim gehen' können, müssen wir ja irgendwie dazu veranlagt sein. Wie ist so eine Veranlagung zu erklären? Und von da aus mag sich ein Übergang finden auch die Frage aufzuwerfen, was kann man da jetzt eigentlich tun, um nicht in diesen Sumpf mit hineingezogen zu werden und sich jenseits dessen zu etablieren.